



Artenschutzfachliche Prüfung für die Renaturierung des Unterlaufes der Jeetze, Landkreis Prignitz, Brandenburg

Stand 15.12.2020

Bearbeitung:

Dipl.-Biol. Frank. W. Henning, Fernwald

im Auftrag von

Wasser- und Bodenverband Prignitz

Inhalt:

1. Veranlassung und Aufgabenstellung.....	3
2. Umsetzung des Gewässerentwicklungskonzeptes in der Maßnahmenfläche	4
3. Grundlagen der Artenschutzfachliche Prüfung.....	5
3.1 Verbotstatbestände (Zugriffsverbote).....	5
3.2 Freistellung von Verboten und Folgen für die Artenschutzprüfung	7
3.3 Ausnahme von den Verboten	8
3.4 Anforderungen an die Artenschutzprüfung.....	8
4. Wirkfaktoren.....	9
4.1 Geplante Maßnahme und deren technische Gestaltung	9
5. Prüfverfahren.....	13
5.1 Vegetationsstrukturen und Biotoptypen (Plan-Faktur 2020)	13
5.2 Faunistische Prüfungen 2020.....	18
5.3 Vermeidungsmaßnahmen	18
5.4 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF)	19
6. Bestand und Betroffenheit der planungsrelevanten Arten.....	20
6.1 Pflanzen	20
6.2 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie.....	20
6.2.1 Säugetiere	20
6.2.2 Reptilien.....	21
6.2.3 Amphibien.....	21
6.2.4 Libellen.....	22
6.2.5 Tagfalter und Nachtfalter.....	22
6.2.6 Käfer	22
6.2.6 Schnecken, Krebse und Muscheln	22
6.2.7 Fische und Rundmäuler	23
6.3 Europäische Vogelarten.....	24
7. Zusammenfassende Darlegung der naturschutzfachlichen Voraussetzung für eine ausnahmsweise Zulassung des Vorhabens nach § 45 Abs. 7 BNatSchG	25
7.1 Keine zumutbare Alternative	25
7.2 Wahrung des Erhaltungszustandes	25
7.2.1 Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie.....	25
7.2.2 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie.....	25
7.2.3 Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie.....	25
7.2.4 Zerstörung von Biotopen weiterer streng geschützter Arten, die keinen gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus aufweisen	25
8. Zusammenfassung	25

Artenschutzfachliche Prüfung für die Renaturierung des Unterlaufes der Jeetze, Landkreis Prignitz, Brandenburg

1. Veranlassung und Aufgabenstellung

Die Jeetze befindet sich im Landkreis Prignitz im Bundesland Brandenburg. Sie entspringt nördlich von Reckenthin bzw. Klenzenhof und mündet südlich von Perleberg in die Stepnitz ein. Die Jeetze wurde in den 70iger Jahren begradigt und in ein geometrisches hydraulisch günstiges Profil verlegt. Dadurch entstand ein strukturarmes Gewässer. Durch die Verlegung wurden die angrenzenden Flächen für eine intensive Landwirtschaft nutzbar gemacht. Zur Zeit werden die Flächen für eine intensive Landwirtschaft genutzt. Eine ökologische Entwicklung des Gewässers ist im jetzigen Zustand nicht möglich. Die Einstellung der Unterhaltungsmaßnahmen durch den Wasser- und Bodenverband führte nicht zu einer Verbesserung des ökologischen Zustandes.

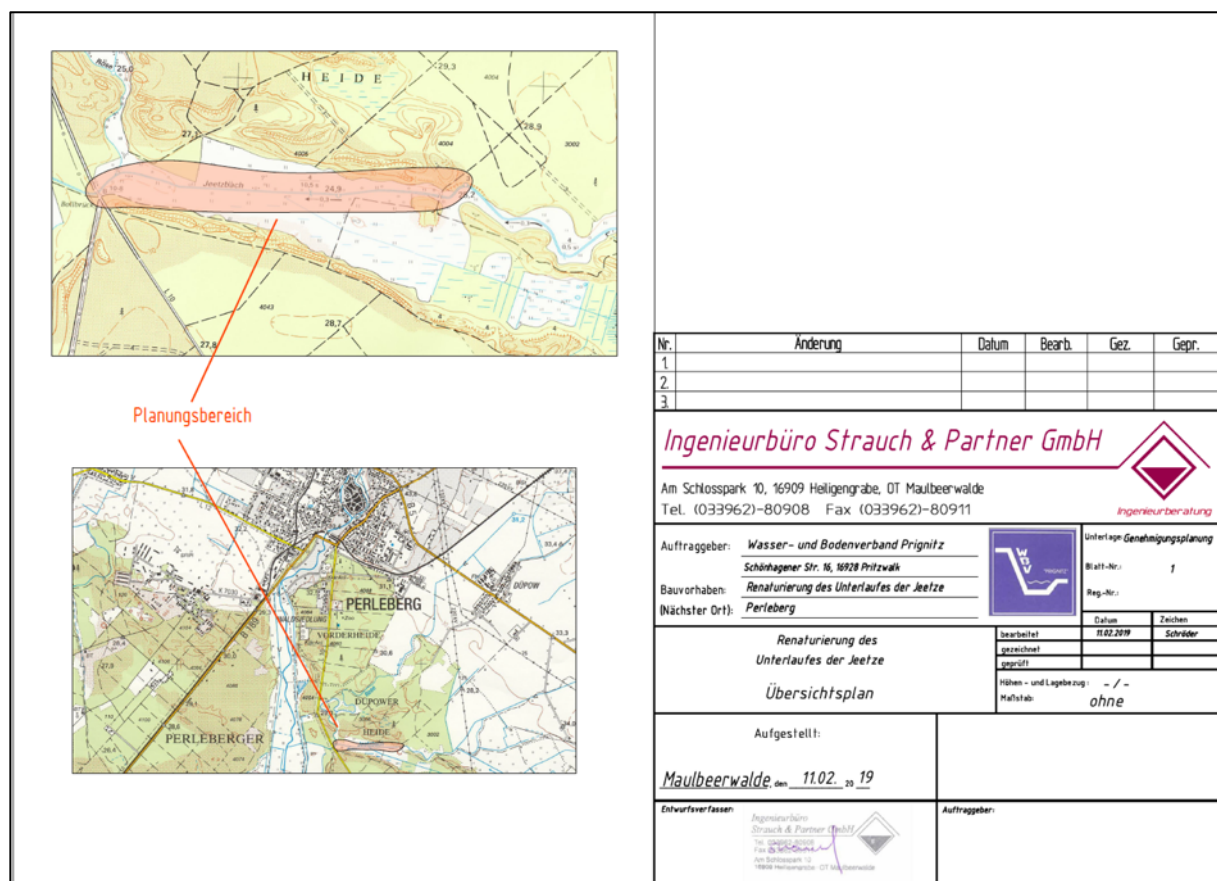


Abb. 1: Lage des Planungsraumes

Aus diesem Grund sollen ergänzende Maßnahmen entsprechend des Gewässerentwicklungskonzepts für die Jeetze umgesetzt werden. Ziel der Maßnahme ist es fließgewässertypische Lebensräume zu schaffen, welche dem ursprünglich natürlichem Gewässer wieder nahe kommen. Dazu sollen die noch vorhandenen Altarme an den Gewässerverlauf anschlossen werden.

2. Umsetzung des Gewässerentwicklungskonzeptes in der Maßnahmenfläche

Die geplante Maßnahmenfläche befindet sich östlich der L 10 (Ortsverbindung Perleberg-Bad Wilsnack) in einer Entfernung von 2,2 km vor der Ortslage Perleberg und besitzt eine Länge von ca. 1.200m (siehe Abb. 1). Das Gewässerentwicklungskonzept Stepnitz, Dömitz & Jeetzebach nennt Maßnahmen, die für eine Verbesserung des ökologischen Zustandes an der Jeetze durchzuführen sind. Für die geplante Maßnahmenfläche werden die Vitalisierung des Ufers und der Sohle, Gehölzentwicklung, die Ausweisung von Gewässerentwicklungskorridoren und eine angepasste Gewässerunterhaltung angestrebt. Ergänzend dazu wird eine Laufwegverlängerung durch Rückverlegung in die Altarme als Einzelmaßnahme mit genannt.

Durch die geplante Maßnahme wird die im Gewässerentwicklungskonzept dargestellte Anbindung der Altarme erreicht. Zusätzlich werden im Rahmen der Maßnahme durch Totholzeinbau und Neupflanzungen natürliche Habitate geschaffen und der standorttypische Gehölzsaum ergänzt. Der neue mäandrierende Gewässerverlauf in Zusammenhang mit dem Totholzeinbau fördern die Strukturvielfalt im Gewässer und in den Uferbereichen.

Die Wiederanbindung der abgeschnittenen Altarme ist der Kern der hier vorgestellten Maßnahme. Noch zu erkennende Altarme auf der in Fließrichtung rechten (nördlichen) Gewässerseite werden wieder angeschlossen. Auf der linken (südlichen) Gewässerseite sind noch die Flurstücke des ehemaligen Gewässerverlaufs verzeichnet. Altarme sind hier nicht zu erkennen. In diesen Flurstücken werden neue Gewässerschleifen hergestellt. Nach Fertigstellung der Altarmanschlüsse ist eine standorttypische Bepflanzung der Ufer mit Baumgruppen sowie der Einbau von Totholz vorgesehen. Der Einbau des Totholzes dient der Verbesserung der Strömungsdiversität und bietet Wasserorganismen Schutz und Rückzugsmöglichkeiten. Nach Beendigung der Maßnahme wird durch den Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ eine an die natürlichen Verhältnisse angepasste Gewässerunterhaltung vorgenommen.

Zusammenfassend sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Förderung der eigendynamischen Entwicklung
- Schaffung fließgewässertypischer Strukturvielfalt
- Wiederherstellung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens
- Verbesserung der natürlichen morphologischen Entwicklungsfähigkeit
- Förderung der Entstehung gewässertypischer Kleinlebensräume
- Wiederherstellung der vollen ökologischen Funktionsfähigkeit

Insgesamt soll durch die geplante Maßnahme eine Verbesserung der Gewässergüte, Erhöhung der natürlichen Reinigungsfähigkeit, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, eine Bereicherung des Landschaftsbildes und eine Verbesserung der Lebensgemeinschaften für Pflanzen und Tiere einschließlich des Fischbestandes erreicht werden.

3. Grundlagen der Artenschutzfachliche Prüfung

Die Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sowie der Gesetzgebung des Landes Brandenburg sehen vor, dass bei der Durchführung eines Vorhabens, welches Auswirkungen auf Natur und Landschaft hat, vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen sowie unvermeidbare Eingriffe durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen sind. Dem Artenschutz kommt in diesem Rahmen aufgrund der aktuellen Gesetzeslage sowie Rechtsprechung eine besondere Bedeutung zu. Die Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Prüfung für das oben genannte Vorhaben werden in dem vorliegenden artenschutzrechtlichen Fachbeitrag dargelegt. Diese gründet sich auf Erfassungen von Baumhöhlen aus dem Jahr 2020 sowie eine Potenzialabschätzung der vorhandene Lebensraumstrukturen als Lebensraum für streng geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie den geplanten Maßnahmen und deren Umsetzung.

Möglicherweise notwendige Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände können in die Planung oder die Festsetzungen des Genehmigungsbescheides für die Umsetzung des Vorhabens integriert werden. In Folge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 10.01.2006 (Rs. C-98/03) u. a. zur Unvereinbarkeit des § 43 Abs. 4 BNatSchG (alte Fassung) mit den artenschutzrechtlichen Vorgaben der FFH-RL wurde das Bundesnaturschutzgesetz durch das Erste Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12.12.2007 (BGBl. I S. 2873) an die europarechtlichen Vorgaben angepasst. Die hinsichtlich des Artenschutzes relevanten Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes sind am 18.12.2007 in Kraft getreten. Die aktuell gültigen artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), wurden zuletzt durch Gesetz vom 04.03.2020 (BGBl. I S. 440) m.W.v. 13.03.2020 geändert. Vor dem Hintergrund dieser Änderungen erfolgt die hier vorliegende Bearbeitung des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages zur Renaturierung. Die aktuell gültigen artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) wurden im Juni 2020 veröffentlicht. Die aktuelle rechtliche Situation wird im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

3.1 Verbotstatbestände (Zugriffsverbote)

In § 44 Abs. 1 BNatSchG sind die Verbotstatbestände für geschützte Arten (Zugriffsverbote) dargestellt, die im Rahmen der Artenschutzprüfung zu berücksichtigen sind. Die Vorschriften des § 44 Abs. 1 BNatSchG lauten:

Es ist verboten,

1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,

3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,

4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).

(2) Es ist ferner verboten,

1. Tiere und Pflanzen der besonders geschützten Arten in Besitz oder Gewahrsam zu nehmen, in Besitz oder Gewahrsam zu haben oder zu be- oder verarbeiten (Besitzverbote),

2. Tiere und Pflanzen der besonders geschützten Arten im Sinne des § 7 Absatz 2 Nummer 13 Buchstabe b und c

a) zu verkaufen, zu kaufen, zum Verkauf oder Kauf anzubieten, zum Verkauf vorrätig zu halten oder zu befördern, zu tauschen oder entgeltlich zum Gebrauch oder zur Nutzung zu überlassen,

b) zu kommerziellen Zwecken zu erwerben, zur Schau zu stellen oder auf andere Weise zu verwenden (Vermarktungsverbote).

Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 338/97 bleibt unberührt.

(3) Die Besitz- und Vermarktungsverbote gelten auch für Waren im Sinne des Anhangs der Richtlinie 83/129/EWG, die entgegen den Artikeln 1 und 3 dieser Richtlinie nach dem 30. September 1983 in die Gemeinschaft gelangt sind.

(4) Entspricht die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung und die Verwertung der dabei gewonnenen Erzeugnisse den in § 5 Absatz 2 bis 4 dieses Gesetzes genannten Anforderungen sowie den sich aus § 17 Absatz 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes und dem Recht der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ergebenden Anforderungen an die gute fachliche Praxis, verstößt sie nicht gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote. Sind in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Arten, europäische Vogelarten oder solche Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, betroffen, gilt dies nur, soweit sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art durch die Bewirtschaftung nicht verschlechtert. Soweit dies nicht durch anderweitige Schutzmaßnahmen, insbesondere durch Maßnahmen des Gebietsschutzes, Artenschutzprogramme, vertragliche Vereinbarungen oder gezielte Aufklärung sichergestellt ist, ordnet die zuständige Behörde gegenüber den verursachenden Land-, Forst- oder Fischwirten die erforderlichen Bewirtschaftungsvorgaben an. Befugnisse nach Landesrecht zur Anordnung oder zum Erlass entsprechender Vorgaben durch Allgemeinverfügung oder Rechtsverordnung bleiben unberührt.

(5) Für nach § 15 Absatz 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte

Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,

2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,

3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

(6) Die Zugriffs- und Besitzverbote gelten nicht für Handlungen zur Vorbereitung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungen, die von fachkundigen Personen unter größtmöglicher Schonung der untersuchten Exemplare und der übrigen Tier- und Pflanzenwelt im notwendigen Umfang vorgenommen werden. 2Die Anzahl der verletzten oder getöteten Exemplare von europäischen Vogelarten und Arten der in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Tierarten ist von der fachkundigen Person der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde jährlich mitzuteilen.

3.2 Freistellung von Verboten und Folgen für die Artenschutzprüfung

Die soeben dargestellten Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG beanspruchen keine uneingeschränkte Geltung. § 44 Abs. 5 BNatSchG enthält insoweit Freistellungsklauseln. Daraus folgt, dass die Artenschutzprüfung nur hinsichtlich der Tier- und Pflanzenarten durchzuführen ist, die in Anhang IV FFH-RL aufgeführt sind oder dem Kreis der europäischen Vogelarten angehören. Nach § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG gelten die artenschutzrechtlichen Verbote zusätzlich für die Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG erfasst sind. Gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist das Bundesumweltministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnung „Tier- und Pflanzenarten oder Populationen solcher Arten unter besonderen Schutz zu stellen, soweit es sich um natürlich vorkommende Arten handelt“, die in ihrem Bestand gefährdet sind und für die die Bundesrepublik in hohem Maße verantwortlich ist und die nicht schon unter die „besonders geschützten Arten“ gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 a) oder b) BNatSchG fallen. Gegenüber dem bisherigen Recht werden hiermit nicht mehr heimische, sondern natürlich vorkommende Arten in Betracht gezogen. Damit sind Arten gemeint, die ihr natürliches Verbreitungsgebiet in Deutschland haben bzw. auf natürliche Weise ihr Verbreitungsgebiet nach Deutschland ausdehnen. Eine solche Rechtsverordnung ist noch nicht erlassen, sodass entsprechende Arten noch nicht zu berücksichtigen sind. Im Übrigen werden sonstige Tier- und Pflanzenarten wie

etwa die (nur) national geschützten Arten über die Eingriffsregelung des § 15 BNatSchG sowie die Regelung des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG berücksichtigt.

Aus § 44 Abs. 5 Sätze 2-4 BNatSchG geht ferner hervor, unter welchen Voraussetzungen die Verbotsstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG in Bezug auf die Arten des Anhangs IV FFH-RL und europäische Vogelarten (und Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG erfasst sind) nicht erfüllt werden. Dies ist hinsichtlich § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG der Fall, wenn trotz eines nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffs oder Vorhabens i. S. d. § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG die ökologische Funktion der vom Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird; unter genannter Bedingung wird zugleich von den Bindungen an das Individuen bezogene Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG befreit, soweit die eingriffsbedingte Tötung unvermeidlich ist. Die Wahrung der ökologischen Funktion kann durch die Festsetzung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, aber auch durch vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen erfolgen.

3.3 Ausnahme von den Verboten

Für ein Vorhaben, das bei einer FFH-Anhang-IV-Art oder einer europäischen Vogelart gegen einen Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstößt, kann unter Anwendung des § 45 Abs. 7 BNatSchG unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausnahme erteilt werden.

Für die Erteilung einer Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 i. V. m. Satz 2 BNatSchG müssen alle der im Folgenden genannten Bedingungen erfüllt sein:

- es liegen zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art vor.
- Zumutbare Alternativen fehlen
- Der Erhaltungszustand der Populationen einer Art verschlechtert sich nicht.

Für FFH-Anhang-IV-Arten setzt die Zulassung einer Ausnahme gemäß Art. 16 Abs. 1 FFH-RL des Weiteren voraus, dass die Populationen der betroffenen Arten in Ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigungen in einem günstigen Erhaltungszustand verbleiben.

3.4 Anforderungen an die Artenschutzprüfung

Vor dem Hintergrund dieser Rechtslage ist die artenschutzrechtliche Bewertung gemäß den folgenden Punkten durchzuführen:

1. Ermittlung der vom Vorhaben betroffenen geschützten Arten (FFH-Anhang-IV-Arten, europäische Vogelarten gemäß Vogelschutzrichtlinie, künftig ggf. Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG erfasst sind)
2. Beschreibung der Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Auswirkungen auf geschützte Arten
3. Beschreibung des Vorkommens und der Betroffenheit unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen
4. Überprüfung, ob durch das Vorhaben Verbotstatbestände erfüllt sind und ggf. Darstellung des weiteren Verfahrens bei Erfüllung von Verbotstatbeständen anhand der Prüfprotokolle

Abschließend wird das Vorhaben insgesamt aus Sicht des Artenschutzes bewertet.

4. Wirkfaktoren

Die Basis für die Ermittlung und Beschreibung der relevanten Projektwirkungen bilden die Projektwirkungen bzw. Wirkfaktoren, die das geplante Vorhaben in seinen wesentlichen physischen Merkmalen darstellt und beschreibt. Sie werden im Folgenden beschrieben. Dabei werden sie gemäß ihren Ursachen in den folgenden drei Gruppen unterschieden:

4.1 Geplante Maßnahme und deren technische Gestaltung

Im Rahmen der Maßnahme ist es geplant, die noch zum Teil vorhandenen Altarme anzuschließen. Teile der jetzigen Jeetze sollen verfüllt werden. Um die Gewässerunterhaltung zu erleichtern, ist ein Durchlass (Hamco) vorgesehen.

Istzustand:

Im Planungsbereich sind Altarme vorhanden, die entweder wasserführend sind (Abb. 2, 3) oder auch kein Wasser führen (Abb. 4). Zu einem großen Teil sind diese mit Laubbäumen und Sträuchern bewachsen (Abb. 1 bis 6). Dauerhafte Verbindungen mit der Jeetze sind derzeit nicht vorhanden. Die Jeetze verläuft überwiegend linear (Abb. 7) und die Ufer des Fließgewässers werden von einem schmalen Röhrichtbestand gesäumt (Abb. 8).



Abb. 2: Altarmgewässer mit umgebenden Baumbestand



Abb. 3: Altarmgewässer mit umgebenden Baumbestand



Abb. 4: Altarmgewässer mit umgebenden Baumbestand



Abb. 5: Altarm ohne Wasser mit umgebenden Baumbestand



Abb. 6: Altarmgewässer mit umgebenden Baumbestand



Abb. 7: Altarm ohne Wasser mit umgebenden Baumbestand



Abb. 8: Linearer Verlauf des Fließgewässers



Abb. 9: Linearer Verlauf des Fließgewässers

Geplante Maßnahme

Die Altarme sollen an den jetzigen Verlauf der Jeetze angeschlossen werden. Dafür werden Teile des aktuellen Verlaufs der Jeetze verfüllt, nachdem die Durchgängigkeit des Gewässers im Rahmen des Wiederanschlusses der Altarme wieder hergestellt ist. Die Gerinneabschnitte der noch zu erkennenden Altarme werden so weit vertieft, dass ein Anschluss an die vorhandenen Verlauf der Jeetze ohne Sohlanhebung möglich ist. Auch an den komplett wiederherzustellenden Altarmen auf der linken Gewässerseite soll eine Sohlanhebung ausgeschlossen werden. Dadurch wird der Fließgewässercharakter nicht durch wiederholtes Einstauen beeinflusst. Das Gefälle der Altarme ergibt sich aus dem zu überbrückenden Höhenunterschied zwischen Einlauf und Auslauf und der Länge der Altarme. Die Gerinnebreiten der noch zu erkennenden Altarme bleiben erhalten. Die Sohlbreite variiert zwischen 2,50m und 3,50m. Der vorhandene Baumbestand entlang der Altarme bleibt größtenteils erhalten. Lediglich am Ein- und Auslaufbereich der Altarme müssen sehr vereinzelt Bäume gerodet werden. Gegenüber die ursprünglichen Planung wurde der Verlauf der Anschlüsse noch einmal optimiert, so dass die Zahl der zu rodenden Bäume noch einmal deutlich verringert wurde.

Die neuen Gewässerschleifen auf der in Fließrichtung linken Seite der Jeetze werden mit einer Sohlbreite von 3m und einer Böschungsneigung von 1:2,5 hergestellt. Einer spätere Anpassung der Böschungen durch das natürliche Fließgewässerregime wird nicht entgegen gewirkt.

Im Bereich der Anschlüsse wird der Prallhang durch Totholzfashinen, weitere Totholzeinbauten und die Ansaat einer geeigneten Grasmischung gegen Erosion gesichert. Als Totholz werden die zuvor beim

Altarmanschluss anfallenden Bäume verwendet. Die Böschung des Gleithanges wird mittels der Ansaat einer geeigneten Grasmischung gesichert.

Bei den notwendigen Aushubarbeiten muss darauf geachtet werden, dass möglichst wenig Sedimenteintrag ins Gewässer erfolgt. Der Anschluss des Aushubbereiches an den Gewässerverlauf darf immer erst gegen Abschluss der Aushubarbeiten erfolgen. Durch den Anschluss der Altarme werden ca. 2.460m³ Bodenaushub anfallen. Diese werden für die Verfüllung wieder verwendet.

Abschnittsweise ist nur eine Teilverfüllung des Altlaufes der Jeetze vorgesehen. Es sollen Mulden entstehen, die zeitweise als Feuchtbiotope dienen. Auf der Fläche zwischen Altarm und ehemaligem Gewässerbett werden standorttypische Gehölze gepflanzt. Es sollen mehrere Baumgruppen angelegt werden, wie dies dem vorhandene Landschaftsbild mit Baumgruppen entlang des Jeetzeverlaufes entspricht. Die Entwicklung dieser Baumgruppen wird der natürlichen Sukzession überlassen.

Das lediglich die Struktur des Fließgewässers durch die Maßnahme verändert wird, ist keine Veränderung respektive Verschlechterung des chemischen Zustandes des Gewässers zu erwarten. Durch die Altarmanbindung wird die Hydromorphologie des Gewässers aufgewertet und die Entstehung gewässertypischer Kleinlebensräume gefördert. Diese Ziele unterstützen das Erreichen des guten ökologischen Zustandes entsprechend der Wasserrahmenrichtlinie.

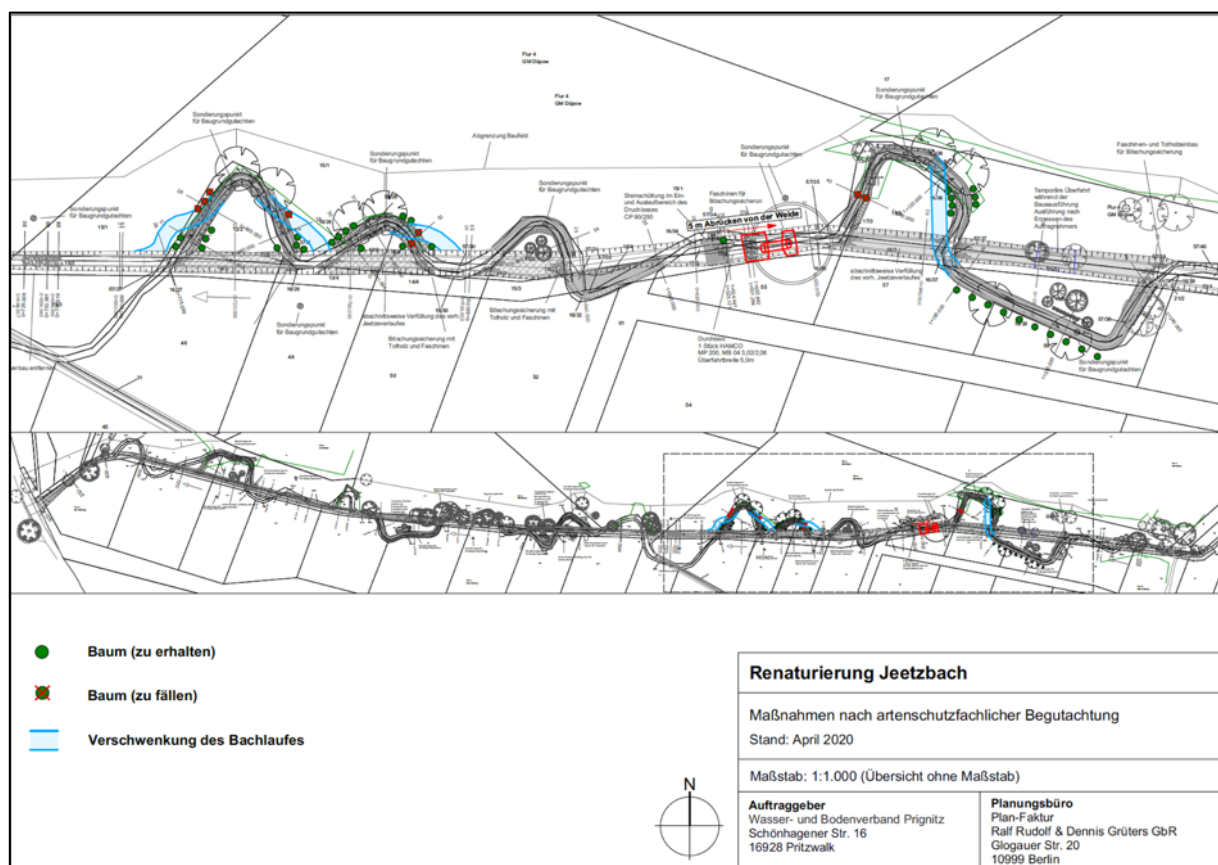


Abb. 10: Maßnahmenplan für die geplante Renaturierung

Umsetzung: Für die Umsetzung der oben genannten Maßnahme ist der Bau einer zusätzlichen Überfahrt an der Station 1+024,441 vorgesehen, um langfristig des sicheren Uferwechsel für den Wasser- und Bodenverband herzustellen. Für diese Überfahrt wird ein sogenannter „Hamcodurchlass“ vorgesehen (Wellstahlrohrprofil). Der Durchlass wird mit dem Gefälle des Gewässerverlaufes ausgebildet und 0,3m unter der Gewässersohle eingebaut. Die 30cm dienen dem Einbau einer Sohlsubstratschicht

aus Kies, die den benthischen Organismen die Wanderung über ein natürliches Substrat ermöglicht. Die Überfahrtbreite beträgt 5,0 m. Die Bauausführung soll in zwei Bauabschnitte geteilt werden. Mit dem ersten Bauabschnitt soll im September begonnen werden. Die Rodungsmaßnahmen sind ausschließlich für den Zeitraum zwischen dem 01. November und dem 28. Februar vorgesehen. Arbeiten, die zu Sedimenteintrag führen können, sind nur außerhalb der Reproduktionszeit der Fische durchzuführen. Mit dieser zeitlichen Einschränkung erfolgt die Bauausführung außerhalb der Reproduktionszeit der europäischen Vogelarten, Fische und Insekten, deren Larvalstadien sich im Sohlsubstrat als Teil des Makrozoobenthos entwickeln.

Die Darstellung des Ist-Zustandes, der geplanten Maßnahme und der Umsetzung führen dazu, dass sich mögliche Wirkfaktoren auf Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie europäische Vogelarten auswirken können. Diese werden wie folgt untergliedert (siehe Tab. 1):

- baubedingte Projektwirkungen, d. h. Wirkungen, die mit dem Bau der im Rahmen des Vorhabens zu errichtenden Bauwerke und Nebenanlagen verbunden sind,
- anlagebedingte Projektwirkungen, d. h. Wirkungen, die durch im Rahmen des Vorhabens zu errichtende Bauwerke und Nebenanlagen verursacht werden,
- betriebsbedingte Projektwirkungen, d. h. Wirkungen, die durch den Betrieb der Anlage verursacht sind.

Tabelle 1: Wirkfaktoren, deren Dauer und Reichweite sowie die Einschätzung der Erforderlichkeit von Minderungsmaßnahmen

	Wirkfaktor	Wirksam	Dauer	Reichweite/ Fernwirkung	Min.-maß- nahme erfor- derlich
Baubedingte Wirkfaktoren	W 1: Teilversiegelung von Boden (durch Anlage geschotterter Zufahrtswege bzw. Baustellenstraßen, Lager- und Abstellflächen, Temporäre Nutzung von Bodenplatten für die Befahrung mit Schwerfahrzeugen)	Ja	Kurzfristig während der Bauphase	Am Ort	Ja
	W 2: Bodenverdichtung (durch den Einsatz schwerer Bau- und Transportfahrzeuge) und Bodenumlagerung und -durchmischung (bedingt durch die Nutzung des Aushubs zur Verfüllung)	Ja	Kurzfristig während der Bauphase	Am Ort	Nein
	W 3: Rodung von Einzelbäumen	Ja	dauerhaft	Am Ort	Ja
	W 4: Geräusche, Erschütterungen und stoffliche Emissionen, Sedimenteintrag (bedingt durch Baustellenverkehr und Bauarbeiten)	Ja	Sehr kurzzeitig	Gering Max. 100 m Radius um die Schallquelle	Ja: Gesetzl. Vorgaben zum Schallschutz einhalten

	Wirkfaktor	Wirksam	Dauer	Reichweite/ Fernwirkung	Min.-maß- nahme erfor- derlich
Anlagebedingte Wirkfaktoren	keine	Nein	Nein	Nein	Nein
Betriebsbedingte Wirkfaktoren	keine	Nein	Nein	Nein	Nein

5. Prüfverfahren

Das Prüfverfahren gliedert sich in mehrere Stufen. Zunächst ist zu prüfen, ob Vorkommen planungsrelevanter Arten im Untersuchungsgebiet bekannt oder zu erwarten sind bzw. deren Vorkommen sicher ausgeschlossen werden kann.

Eine relativ große Zahl der Arten unserer heimischen Flora und Fauna ist besonders und/oder streng geschützt. Die Berücksichtigung aller entsprechenden Arten bzw. Artengruppen wäre mit einem großen und z. T. unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden. Die artenschutzrechtliche Prüfung wird deshalb auf solche Gruppen konzentriert werden, für die im Untersuchungsgebiet besonders geeignete Lebensraumbedingungen vorherrschen, deren Kernlebensräume sich dort befinden und die im Umkehrschluss eine maßgebliche Aussage zur Betroffenheit aus artenschutzrechtlicher Sicht aufweisen können.

5.1 Vegetationsstrukturen und Biotoptypen (Plan-Faktur 2020)

In der Biotoptypenkartierung Brandenburgs werden Einheiten dargestellt, die sich aufgrund von bestehenden abiotischen Standortverhältnissen und einer bestimmten Nutzungsart sowie Nutzungsinintensität zu typischen Pflanzengemeinschaften entwickelt haben. Das Vorkommen und die Häufigkeit charakteristischer Pflanzenarten sind wichtige Hinweise zur Bestimmung und Beschreibung des Biotoptyps. Bei der Geländebegehung wurden Biotop-/Nutzungstypen aufgenommen, die in Plan „Biotoptypen“ dargestellt sind. Geländebegehungen erfolgten in den Jahren 2009, 2010, 2016 und 2020. Die hier genannten Einschätzungen der Vegetationsstrukturen und Biotoptypen erfolgen aufgrund der Begehungen vom April 2020. Es erfolgte zudem ein Abgleich mit der Managementplanung Natura 2000 für das FFH-Gebiet 352 „Untere Stepenitzniederung und Jeetzbach“ vom Mai 2017. Das Plangebiet kann nach dem "Kartierungsschlüssel Biotopkartierung" (2009) des Landesumweltamtes Brandenburgs in folgende Typen eingeteilt werden (Tab. 2 und Abb. 11 u. 12). Die Erläuterungen zu den Biotoptypen finden sich im Anschluss an die Abb. 11 und 12.

Tabelle 2: Liste der vorkommenden Biotoptypen und ihre Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Der Schutzstatus erfolgt gemäß den Angaben des § 30 BNatSchG für pauschal geschützten Biotopen.

Code	Biotoptyp	Schutzstatus	Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz
01 Fließgewässer, 01110 Bäche und kleine Flüsse			
01112	naturnahe, beschattete Bäche und kleine Flüsse	§	sehr hoch
01113	begradigte, weitgehend naturferne Bäche und kleine Flüsse ohne Verbauung		mittel
02 Standgewässer			
02110	Altarme von Fließgewässern	§	sehr hoch
05 Gras- und Staudenfluren			
05105	Feuchtweiden	(§)	hoch
05111	Frischweiden		mittel
051411	Gewässerbegleitende Hochstaudenfluren	(§)	hoch
08 Wälder und Forste			
08480	Kiefernforst		Umgebungsbiotope



Abb. 11: Biotoptypenkartierung (Blatt 1), Stand: April 2020



Abb. 12: Biotoptypenkartierung (Blatt 2), Stand: April 2020

Fließgewässer (01), Strandgewässer (02)

Prägendes Fließgewässer ist im Plangebiet der Jeetzbach, der Betrachtungsraum liegt zwischen der L 10 (Straßenbrücke) und der ersten Überquerung der Jeetze in etwa 1,1 km Entfernung. Der Jeetzbach fließt weiter westlich in die Stepenitz, zudem fließt die Rose in den Jeetzbach.

Der Jeetzbach ist in vielen Abschnitten unbeschattet und begradigt (BT 01113, Abb. 13). Die Begradigung erfolgte vor etwa 40 Jahren. Aufgrund der vorhandenen ehemaligen Mäanderschleifen (Altarme, BT 02110), die gut in der Landschaft erkennbar sind, und ihrer guten technischen Anbindbarkeit an den Hauptlauf wurde das Projekt zur Renaturierung begonnen. Die Altarme sind durch Schwarzerlen und Sandbirken geprägt. Gewässerrandstreifen sind kaum ausgeprägt, teilweise gibt es Abschnitte mit Schilf (*Phragmites australis*) und Rohrglanzgras (*Phalaris arundinacea*) sowie ruderale Gras- und Staudenfluren.

Die abgeschnittenen alten Fließgewässerverläufe korrespondieren je nach Wasserstand noch mehr oder weniger mit dem Hauptlauf; sie sind jedoch von ihnen meist vollständig abgetrennt. In der Biotopkartieranleitung Brandenburgs werden sie den Standgewässern zugeordnet; sie sind bei naturnaher Ausprägung gesetzlich geschützt. Der Jeetzbach befindet sich laut Managementplanung in einem schlechten Erhaltungszustand (FFH-Lebensraumtyp 3260 pp). Einerseits sind die Gründe die strukturelle Armut (starke Begradigung, Regelprofil, z.T. Uferverbau), andererseits die Nährstoffeinträge aus der angrenzenden Nutzung. Die beschatteten Bereich der Jeetze sind von Schwarzerlen gesäumt (BT 01112); teilweise können diese jedoch auch den noch vorhandenen Altarmen zugeordnet werden (die Abgrenzung ist aus der Textkarte „Biototypen“ erkennbar).



Abb. 13: Der Jeetzbach im Plangebiet, deutlich erkennbar der begradigte, unbeschattete Verlauf



Abb. 14: Ein typischer Altarm im Plangebiet, der an den Jeetzbach angeschlossen werden soll



Abb. 15: Ein typischer Altarm im Plangebiet ohne Wasser, der an den Jeetzbach angeschlossen werden soll

Gras - und Staudenfluren (05)

In dieser Einheit werden die im Gebiet vorkommenden drei Grünlandtypen zusammengefasst. Zu jedem Zeitpunkt der Begehung waren diese Flächen kurzrasig. Es handelt sich überwiegend um deutlich entwässerte Grünländer. Die Flächen sind als mäßig artenreiche Frisch- oder Feuchtweiden (BT 05105, 05111) ausgebildet, wobei der südliche Teil der Jeetze den Feuchtweiden zugeordnet wurde. Aufgrund der vorherrschenden Schafbeweidung der Flächen wurden sie nicht als Mähwiesen eingestuft.

Hochwüchsige Gräser wie Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*), Rasenschmiele (*Deschampsia cespitosa*), Glatthafer (*Arrhenatherum elatius*), Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*) und andere Gräser sind die prägenden Arten.

Die Grünländer befinden sich laut Managementplanung in einem schlechten Erhaltungszustand. Die Gründe sind Grundwasserabsenkungen durch die Begradigungen, schnelles Ableiten von Niederschlagswasser, reduzierte Überflutungshäufigkeit und Nährstoffeintrag. Die FFH Managementplanung wertet die südlichen Grünländer der Jeetze als potentieller Standort von Brenndolden-Auenwiesen (LRT 6440). Die Zuordnung wurde jedoch als nicht eindeutig angesehen. Zielführend ist ein verbesserter Wasserrückhalt und länger anhaltende hohe Wasserstände in Kombination mit einer extensiven Weidennutzung.

Teile des Untersuchungsraumes südlich des Jeetzbaches wurden gemäß FFH Managementplanung dem LRT 6510 (Magere Flachland-Mähwiesen) zugeordnet, ebenfalls mit einem ungünstigen/schlechten Erhaltungszustand. Glatthafer (*Arrhenatherum elatius*) kommt in allen Biotopen vor und ist fast immer die prägende Art. Weitere meist häufige Arten sind Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus*

pratensis), Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*), Weiche Trespe (*Bromus hordeaceus*) und andere Gräser. Klare Abgrenzungen innerhalb des Grünlandes konnten nicht getroffen werden.

Der nördliche Bereich des Jeetzbaches wurde in der FFH Managementplanung keinem Lebensraumtypen zugeordnet. Sie wurden bei der Begehung aufgrund der Nutzung als Frischweide (BT 05111) eingestuft; der westlich gelegene Teil aufgrund des etwas feuchteren Regimes als Gewässerbegleitende Hochstaudenfluren (BT 051411) eingestuft. In Gewässernähe sind mit Schilf (*Phragmites australis*) und Rohrglanzgras (*Phalaris arundinacea*) dominierende Arten mit einigen Nährstoffzeigern wie die Brennessel (*Urtica dioica*); zum Zeitpunkt der Begehung waren diese Flächen kurzrasig und übersät mit Wühlstellen der Wildschweine (Abb. 16).



Abb. 16: Der Bereich der Niederung des Jeetzbachs in seiner Ausprägung als Grünland; die Flächen werden regelmäßig mit Schafen beweidet

Wälder und Forste (08)

Die Bereiche außerhalb der Niederungen, die nicht von den Baumaßnahmen tangiert werden, sind Kiefernforste (BT 08480).

5.2 Faunistische Prüfungen 2020

Für die Artengruppe der Vögel wurde aufgrund der vorherrschenden Lebensraumstrukturen eine Einschätzung möglicher Brutstätten vorgenommen. Diese Untersuchung beinhaltete eine Suche nach Fortpflanzungsstätten, da diese möglicherweise im Rahmen der geplanten Maßnahme beeinträchtigt werden könnten. Die Abschätzung möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Fledermäuse erfolgte aufgrund einer Potenzialabschätzung, um diese in Bezug auf eine mögliche Nutzung als Fortpflanzungs- und/oder Ruhestätte für Fledermäuse zu berücksichtigen. Das mögliche Vorkommen von Reptilien nach Anhang IV der FFH-Richtlinie kann für den Planungsraum ausgeschlossen werden. Dies gilt auch für die Europäische Sumpfschildkröte (*Emys orbicularis*).

Die 14 zu rodenden Bäume (siehe Abb. 10, rote Punkte) wurden auf ein mögliches Potenzial an Baumhöhlen geprüft. Keiner der zu rodenden Bäume weist Baumhöhlen auf oder besitzt ein Potenzial für die kurzfristige Bildung, weil das Dickenwachstum der Bäume für die Bildung von Baumhöhlen nicht ausreichend ist. Es kann somit ausgeschlossen werden, dass es zur Zerstörung von Fortpflanzungsstätten oder Ruhestätten von europäischen Vogelarten oder Fledermäusen kommt. Biberburgen wurden innerhalb des Planungsraumes nicht nachgewiesen und es liegen auch keine Hinweise auf eine dauerhafte Nutzung des Planungsraumes durch diese Art vor (Fraßspuren). Dies gilt auch für den Fischotter.

Die Steilwände des Jeetzbaches sind derzeit nicht geeignet, als das ein Eisvogel oder Uferschwalben ihre Fortpflanzungsstätten darin anlegen könnten. Hinweise auf Bruthöhlen dieser Art wurden nicht gefunden. Für den Nachweis von Fischen und die daraus abzuleitenden artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen wurde auf die Ergebnisse des NATURA-2000 Monitorings zurückgegriffen. Das Vorkommen von im Offenland brütenden Arten kann nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sind Bauzeitenbeschränkungen erforderlich.

5.3 Vermeidungsmaßnahmen

Folgende Vorkehrungen zur Vermeidung sollten durchgeführt werden, um Gefährdungen von Tierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie zu vermeiden oder zu mindern und um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände im Rahmen der Umsetzung des geplanten Vorhabens auszuschließen.

Zur Vermeidung bzw. Minimierung von Eingriffen dienen folgende Festlegungen und Auflagen zu allgemeinen Bauausführung:

- Für Baustelleneinrichtungsflächen und Lagerplätze werden ausschließlich solche Bereiche oder Flächen herangezogen, die im Rahmen der Renaturierung ohnehin beeinträchtigt oder in anderer Weise neugestaltet werden, also in jedem Fall eine Veränderung erfahren. Andere Flächen, die nicht Bestandteil der Maßnahmen sind, werden dafür nicht verwendet werden.
- Als Baustellenzufahrt dient das vorhandene Wegenetz. Es werden keine neuen Straßen oder Wege angelegt soweit dies nicht für das Zuwegerecht erforderlich ist. Die Nutzung einer Zuwegung für die Baufahrzeuge wie Bagger o. ä. kann nicht vermieden werden.

- Beim Einsatz der Maschinen und Fahrzeuge ist darauf zu achten, dass es auf der Baustelle und den Zufahrten zu keinen Verunreinigungen von Böden durch Betriebsstoffe oder Schmiermittel infolge von Leckagen oder durch unsachgemäße Handhabung kommt.
- **Bauzeitregelung (M1):** Zeitliche Beschränkung der Rodung und vorbereitende Maßnahmen: Rodungsarbeiten für die Reduktion von Gehölz- und Gebüschbeständen innerhalb des Planungsraumes sind – soweit überhaupt erforderlich - grundsätzlich außerhalb der Brutzeit der Vögel durchzuführen. Für den Zeitraum zwischen dem 1. März und 30. September sind keine Rodungen vorzunehmen. Bei einer Rodung innerhalb dieses Zeitraumes kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu einer Zerstörung von Nestern (=Fortpflanzungsstätten) kommt. Sollte die Baufeldfreimachung in dieser Zeit geplant sein kann eine ökologische Baubegleitung herangezogen werden, um mögliche artenschutzrechtliche Verbotstatbestände zu prüfen.
- **Vermeidung von Sedimenteintrag (M2):** Jegliche Arbeiten – insbesondere Erdarbeiten – sollten mit dem Ziel durchgeführt werden, den Sedimenteintrag in das Gewässer zu minimieren oder vollständig zu unterbinden.
- **Temporäre Querungshilfe (M3):** Sollte der Bau einer temporären Überquerung des Jeetzbachs zur Erreichung der Kompensationsflächen erforderlich sein, so ist dies ebenfalls mit Hilfe eines Hemcos zu realisieren. Es kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass der Eingriff für die Anbringung eines solchen Übergangs ist mit einem geringen Sedimenteintrag verbunden ist. Da diese Maßnahme jedoch außerhalb der Reproduktionszeit der Fische erfolgt, stellt dies eine Minimierung der Eingriffserheblichkeit dar, die nicht zu einem artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand führt.
- **Kein Bau von dauerhaften oder befestigten Baustraßen (M4):** Im Rahmen der Umsetzung des geplanten Vorhabens ist auszuschließen, dass dauerhaft Baustraßen eingerichtet werden. Ebenso ist die Bodenverdichtung weitestgehend zu vermeiden. Auch der Bau von ergänzenden Brückenbauwerken (außer Hemco) sollte im Rahmen der Umsetzung der geplanten Maßnahmen unterbleiben. Im Rahmen der Schaffung des neuen Gewässerabschnittes im Grünland südliche des derzeitigen Bachlaufs sollte darauf geachtet werden, dass Materialtransporte über größere Strecken unterbleiben und das ausgehobene Material ortsnahe wieder eingebaut wird.
- **Umsetzen der Sohle (M5):** Nachdem die Fertigstellung der neuen Gewässerabschnitte abgeschlossen ist, sollten unmittelbar vor der Öffnung die Sohlbereiche der zu verfüllenden Abschnitte in die neuen Gewässerabschnitte umgesetzt werden. Auf diese Weise werden große Teile der Sohle inklusive der diesen Gewässerteil besiedelnden Pflanzen und Tiere erhalten und es kann sich in den neuen Gewässerabschnitten schneller ein ökologisches Gleichgewicht einstellen.
- **Arbeitsrichtung von Ost nach West (M6):** Um den Sedimenteintrag in das Gewässer so gering wie möglich zu halten, sollte die Schaffung der neuen Gewässerabschnitte von Ost nach West erfolgen. Dies trifft auch auf den Anschluss der neuen Gewässerabschnitte zu.

5.4 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF)

Zur Sicherung der ökologischen Funktionalität sind keine Maßnahmen (CEF) erforderlich.

6. Bestand und Betroffenheit der planungsrelevanten Arten

6.1 Pflanzen

Im Rahmen vorliegenden Begehung wurden keine Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen, die im Rahmen einer artenschutzfachlichen Prüfung Berücksichtigung finden müssten. Entsprechend der Biotoptypenkartierung handelt es sich um Feuchtwiesen, die einer regelmäßigen Nutzung unterliegen.

6.2 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Die Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie sind sowohl streng als auch besonders geschützt im Sinne des § 7 BNatSchG. Daher können Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 BNatSchG einschlägig sein.

Die Abschichtung der prüfrelevanten Arten erfolgt im Rahmen der folgenden Kapitel für jede Artengruppe. Für einige Artengruppen können artenschutzrechtliche Verbotstatbestände aufgrund der Lebensraumstrukturen und/oder der Wirkfaktoren von vorn herein ausgeschlossen werden. Zu den Verbotstatbeständen des § 44 BNatSchG zählen:

Schädigungsverbot: Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.

Störungsverbot: Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.

Tötungsverbot: Signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für die jeweiligen Arten unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schadensvermeidungsmaßnahmen durch Nutzung oder Betrieb, unabhängig von oben behandelter Tötung im Zusammenhang mit der Entfernung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Die Verletzung oder Tötung von Tieren und die Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen, die mit der Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten verbunden sind, werden im Schädigungsverbot behandelt.

6.2.1 Säugetiere

Aufgrund der vorhandenen Lebensraumstrukturen ist die artenschutzrechtliche Betroffenheit von Fledermäusen durch die Umsetzung des geplanten Vorhabens grundsätzlich auszuschließen. Es können weder Fortpflanzungs- noch Ruhestätten dieser Artengruppe betroffen sein. Die zu rodenden Bäume enthalten keine Baumhöhlen, die für Fledermäuse als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte dienen könnten. Weitere streng geschützte Säugetierarten wie Wolf, Wildkatze, Haselmaus oder sind von dem geplanten Vorhaben nicht betroffen, da der Planungsraum nicht die von diesen Arten bevorzugten Lebensraumstrukturen aufweist.

Der Fischotter (*Lutra lutra*) lebt als Einzelgänger und benötigt täglich zwischen 500 und 1.000g Nahrung. Diese besteht aus Fischen, Fröschen, Krebsen, Muscheln, Schermäusen, Wasservögeln und Insekten. Der Fischotter ist ein äußerst wendiger und schneller Such- und Verfolgungsjäger, der spurtarken Weißfischen (z.B. Forellen) in klarem Wasser erfolgreich nachstellen kann. Aufgrund ihrer

Lebensweise und Nahrungszusammensetzung benötigen Fischotter große, zusammenhängende Gewässersysteme, die aus unterschiedlichsten Gewässertypen zusammengesetzt sein können. Das Spektrum reicht von großen Seen über Flüsse bis hin zu kleinen (Fisch)-Teichen und Bächen. Im typischen Fall umfasst der Lebensraum eines Fischotters 30-40 km Gewässerläufe oder Ufer stehender Gewässer. Männchen können pro Nacht bis zu 20 km im Wasser und an Land zurücklegen, benötigen dabei regelmäßig etwa alle 1.000 Meter einen Unterschlupf (z.B. Baumwurzeln von Erlen, Weiden an Ufern). Innerhalb des Aktivitätsraumes werden regelmäßig ca. 20 Unterschlüpfte genutzt, Bauten werden jedoch keine angelegt.

Die hohe Mobilität des Fischotters sowie dessen Aktionsradien bedingen, dass diese Art vom Vorhaben nicht betroffen ist. Der Eingriffsbereich könnte einen Nahrungsraum für den Fischotter darstellen. Aufgrund des Aktionsradius dieser Art führt eine kurze Beeinträchtigung während der Umsetzung der Maßnahmen nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung dieser Art. Unterschlupfe sind im Bereich des geplanten Eingriffs nicht vorhanden, weil sich dieser in einem offenen und strukturlosen Grünlandbereich befindet. Die Erlen- und Auwaldbereiche werden nicht beeinträchtigt. Auch ergaben sich bei den Begehungen keine Hinweise auf Baue dieser Art. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass durch die Renaturierung des Gewässers neue Nahrungsbereiche für den Fischotter entstehen, die zu einer Stabilisierung der Population beitragen. Vermeidungsmaßnahmen sind für den Fischotter nicht erforderlich. Es ist auszuschließen, dass sich durch die Umsetzung des geplanten Vorhabens artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für den Fischotter ergeben.

6.2.2 Reptilien

Innerhalb des Eingriffsbereiches sind in den vorherrschenden Lebensraumstrukturen keine Teilbereiche vorhanden, die von streng geschützten Reptilien wie Zauneidechse, Schlingnatter oder Europäischer Sumpfschildkröte besiedelt werden könnten. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände lassen sich für die Artengruppe der Reptilien ausschließen.

6.2.3 Amphibien

Im Wirkraum des geplanten Vorhabens sind Gewässer vorhanden, die als Fortpflanzungsstätte für Amphibien dienen könnten. Aufgrund der Bauzeitenbeschränkung lassen sich artenschutzrechtliche Auswirkungen auf diese Artengruppe jedoch ausschließen. Als Landlebensraum von Amphibien ist der Planungsraum ebenfalls nicht geeignet. Störungen sind für diese Artengruppe ebenso wenig zu erwarten wie eine signifikante Steigerung des Tötungsrisikos. Möglicherweise durchwandern Amphibien den Planungsraum auf dem Weg zu oder von den Laichgewässern. Die Möglichkeit der Durchquerung wird in keiner Weise beeinträchtigt. Somit können für die Amphibien artenschutzrechtliche Verbotstatbestände vollständig ausgeschlossen werden.

6.2.4 Libellen

Im Wirkraum des geplanten Vorhabens sind Gewässer vorhanden, die als Fortpflanzungsstätte für Libellen dienen könnten. Aufgrund der Langlebigkeit der Larvalstadien ist für die Libellen die Umsetzung der Sohle vorzusehen. Durch diese Maßnahme können für die Libellen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände ausgeschlossen werden.

6.2.5 Tagfalter und Nachtfalter

Grundsätzlich eignet sich der die Grünlandbereiche des Eingriffsbereiches als Lebensraum für Tagfalter. Dies gilt insbesondere für den Großen Feuerfalter (*Lycaena dispar*). Die Art ist in großen Teilen Europas verbreitet. In Deutschland konzentrieren sich die Vorkommen auf den Nordosten (Brandenburg, östl. Mecklenburg-Vorpommern) und den Südwesten (westl. Baden-Württemberg, südl. Rheinland-Pfalz und Saarland). Lebensräume sind v. a. Feuchtwiesen und deren Brachen. Für die Falter ist ein reiches Nektarpflanzenangebot wichtig. Die Eier werden auf die Blattoberseite der Fraßpflanze abgelegt, wo nach ca. einer Woche die Raupen schlüpfen. Die Falter leben ca. 25 Tage. Männliche Falter zeigen ein ausgeprägtes Revierverhalten. Die Art ist v. a. durch die Nutzungsänderung und Nutzungsintensivierung landwirtschaftlicher Flächen gefährdet. Hierzu gehören z. B. Grundwasserabsenkung, Entwässerung, Grünlandumbruch, mehrschürige Wiesenmahd (drei- bis viermal jährlich), Mahd von Grabenrändern oder Zerstörung von Ufervegetation durch Gewässerbegradigung. Die Art kann nur erhalten und ihre Lebensräume gesichert werden, wenn Feuchtwiesen nicht weiter trockengelegt, bzw. bestehende Entwässerungssysteme zurückgebaut werden.

Im Rahmen der Umsetzung des geplanten Vorhabens werden die die Reproduktionszeiten dieser Art durch die Bauzeitenregelung berücksichtigt. Aus diesem Grund sind die Renaturierungs-Maßnahmen während des Winters durchzuführen. Bei Berücksichtigung dieser Vermeidungsmaßnahmen lassen sich artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für diese Art ausschließen.

6.2.6 Käfer

Innerhalb des Planungsraumes sind Altholzbestandes vorhanden, die von streng geschützten Käferarten besiedelt werden könnten. Diese werden jedoch in vollem Umfang erhalten, so dass sich artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für diese Artengruppe ausschließen lassen. Die zu rodenden Bäume weisen aufgrund ihres geringen Alters und des geringen Dickenwachstums kein Potenzial für eine Besiedlung durch Käfer auf, die im Anhang IV der FFH-Richtlinie gelistet sind.

6.2.6 Schnecken, Krebse und Muscheln

Innerhalb des Planungsraumes sind keine Vorkommen von streng geschützten Schnecken- oder Weichtierarten bekannt. Selbst wenn diese innerhalb der zu verschließenden Gewässerabschnitte siedeln sollten, werden diese durch die Sohlumsetzung langfristig gesichert. Durch diese Maßnahme lassen sich artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für diese Artengruppe ausschließen.

6.2.7 Fische und Rundmäuler

Innerhalb des Planungsraumes sind aufgrund der vorhandenen Lebensraumstrukturen kleinere Bereiche vorhanden, die von streng geschützten Fischarten oder Rundmäulern besiedelt werden könnten. Zu diesen zählen Steinbeißer (*Cobitis taenia*), Flussneunauge (*Flussneunauge*) und Schlammpeitzger (*Misgurnus fossilis*).

Steinbeißer sind dämmerungs- und nachtaktiv. Tagsüber graben sie sich im Gewässergrund ein, so dass nur Kopf und Schwanz heraushängen. Nachts gehen sie auf Nahrungssuche. Steinbeißer bevorzugen langsam fließende Bäche, Flüsse, Altarme und Stillgewässer, die klares, sauerstoffreiches Wasser aufweisen. Gegenüber leichten, organischen Gewässerbelastungen sind sie jedoch unempfindlich. Die wichtigste Voraussetzung für das Vorkommen von Steinbeißern in einem Gewässer sind sogenannte "Pioniersande". Diese Flächen entstehen wenn sich sandiger Untergrund regelmäßig umlagert und dadurch frei von Bewuchs und Schlammablagerungen bleibt. In natürlichen oder naturnahen Gewässern entstehen solche Umlagerungen immer wieder neu durch die hydrologische Dynamik. Steinbeißer nutzen aber auch Sekundärstandorte, beispielsweise Umlagerungsbereiche direkt unter Wehren. Innerhalb eines Gewässerabschnittes kommen Steinbeißer oft in großen Mengen an Stellen vor, die ihren Ansprüchen entsprechen. An anderen Stellen sind sie dagegen überhaupt nicht zu finden.

Im Rahmen der Umsetzung des geplanten Vorhabens sollte darauf geachtet werden, dass die vom Steinbeißer bevorzugten Lebensräume nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Aufgrund der formulierten Vermeidungsmaßnahme der Verhinderung von Sedimenteintrag, können artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für den Steinbeißer ausgeschlossen werden.

Das Flussneunauge lebt in allen größeren Flüssen Europas und ihren Mündungsgebieten sowie in den angrenzenden Meeresgebieten. Erwachsene Flussneunaugen leben als Ektoparasiten an Meeresfischen. Sie heften sich dabei mit ihrem Saugmaul an ihre Wirte an und raspeln mit den Hornzähnen Gewebeteile der Wirte ab. Die Jungtiere des Flussneunauges schlüpfen nach etwa zwei bis drei Wochen aus den Eiern in ihren Brutgebieten und graben sich dort in den schlammigen Boden ein. Die Larvenzeit dauert zwischen drei und vier Jahre, in denen die Tiere auf eine Länge von etwa 15 Zentimeter anwachsen. Danach kommt es zu einer mehrwöchigen Metamorphose, bei der sich der Kiemendarm in die Kiemen umbildet und sich die weiteren Merkmale der ausgewachsenen Tiere bilden. Die jungen Flussneunaugen wandern mit der Strömung zum Meer und leben dort bis zum Eintritt der Geschlechtsreife. Sie halten sich vorwiegend im flachen Küstenbereich auf und kehren zum Laichen in die Fließgewässer zurück.

Es ist aufgrund der Querverbauung derzeit nicht davon auszugehen, dass der Planungsraum der Renaturierung von Flussneunaugen besiedelt ist. Durch die Renaturierung und den Rückbau des Wehrs kann dieser Flussabschnitt wieder von dieser Art besiedelt werden. Erhebliche Beeinträchtigungen für diese Art sind derzeit auszuschließen.

Der Schlammpeitzger ist nördlich der Alpen von der Maas bis zum Wolgadelta verbreitet. Er fehlt in Skandinavien und im Mittelmeergebiet. In Deutschland ist die Art besonders im Tiefland verbreitet. Es werden stehende oder schwach fließende Gewässer wie Seen, Teiche, Weiher, Auengewässer, Altarme o. ä. mit lockeren Schlammböden besiedelt. Die ausgedehnte Laichzeit reicht von April bis Juli. Die Eier werden teils an Wasserpflanzen geheftet, teils liegen sie frei auf dem Gewässergrund. Ein Weibchen produziert zwischen 12.600 und 170.000 Eiern. Die Tiere werden mit ca. 2 Jahren geschlechtsreif. Die Nahrung besteht aus einer Vielzahl von Organismen. Die Verlandung von Altarmen oder das Trockenlegen von Sümpfen führt zu direktem Lebensraumverlust. Unterhaltungsmaßnahmen an der

Gewässersohle z. B. in Gräben beeinträchtigen den Lebensraum. Wird ein Lebensraum zerstört, kann ein Ortswechsel aufgrund von Querverbauen wie z. B. Stauanlagen häufig nicht stattfinden. Die Mahd der Gewässervegetation sollte z. B. zum Schutz dieser Art nicht vor Ende September erfolgen und sollte nur in Teilbereichen des Gewässers stattfinden. Unterwasserpflanzen sollten nur oberhalb des Sedimentes entfernt werden. Der Schlammpeitzger braucht aufgrund seiner stationären Lebensweise ein vernetztes System geeigneter Lebensräume.

Im Rahmen der Umsetzung des geplanten Vorhabens sollten die Reproduktionszeiten dieser Art berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sind die Renaturierungs-Maßnahmen während des Winters durchzuführen. Weiterhin sind Maßnahmen zur Reduzierung des Sedimenteintrages zu beachten. Aufgrund der formulierten Vermeidungsmaßnahmen lassen sich artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für diese Artengruppen ausschließen.

6.3 Europäische Vogelarten

Im Rahmen der Analyse der vorhandenen Lebensraumstrukturen sowie unter Berücksichtigung der Nutzung können europäische Vogelarten innerhalb des Planungsraumes brüten. Dies trifft sowohl für die Bodenbrütende Arten als auch für Arten zu die Gebüsche, Bäume oder andere Strukturen nutzen. Weitere Arten könnten den Planungsraum als Nahrungshabitat nutzen, jedoch nicht innerhalb des Planungsraumes brüten. Für die europäischen Vogelarten ist die Vermeidungsmaßnahme der Bauzeitenregelung erforderlich, um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände zu vermeiden.

7. Zusammenfassende Darlegung der naturschutzfachlichen Voraussetzung für eine ausnahmsweise Zulassung des Vorhabens nach § 45 Abs. 7 BNatSchG

Da kein Verbotstatbestand nach § 44 Abs.1 Nr. 1 bis 4 in Verbindung mit Abs. 5 BNatSchG erfüllt ist, müssen die Voraussetzungen für die Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 Satz 1 u. 2 BNatSchG nicht geprüft werden. Die behandelten Arten werden zusammengefasst dargestellt.

7.1 Keine zumutbare Alternative

Da keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG erfüllt werden, ist kein Nachweis zu erbringen, dass es keine anderweitigen zufriedenstellenden Lösungen gibt.

7.2 Wahrung des Erhaltungszustandes

7.2.1 Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Im Untersuchungsgebiet wurde keine Pflanzenart des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen oder als potenziell vorkommend eingestuft.

7.2.2 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Im Untersuchungsgebiet wird keine Tierart des Anhangs IV der FFH-Richtlinie gem. § 44 (1) relevant geschädigt oder gestört. Anlagebedingte Verluste von Lebensraumstrukturen entstehen nicht, so dass die kontinuierliche ökologische Funktionalität wird somit gewahrt. Mögliche Verbotstatbestände werden durch Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen.

7.2.3 Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie

Im Untersuchungsgebiet der Renaturierung wird unter Berücksichtigung der genannten Vermeidungsstrategien keine Vogelart gem. § 44 (1) relevant geschädigt oder gestört.

7.2.4 Zerstörung von Biotopen weiterer streng geschützter Arten, die keinen gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus aufweisen

Seit dem Inkrafttreten des neuen BNatSchG am 01.03.2010 ist eine Prüfung der Betroffenheit rein national streng geschützter Arten nicht mehr erforderlich.

8. Zusammenfassung

Auf der Grundlage der Analyse der Lebensraumstrukturen des Planungsraumes wurden unter den Pflanzen keine geschützten Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen, die im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Prüfung Berücksichtigung finden. Für die weiteren Artengruppen werden innerhalb des Eingriffsbereiches unter Berücksichtigung der formulierten Vermeidungsmaßnahmen keine Arten geschädigt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass aus artenschutzrechtlicher Sicht bei Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahme keine Verbotstatbestände offensichtlich sind, die gegen die geplante Nutzung sprechen.